

Antrag 135/II/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Grundsätze in Wissenschaft und Forschung für die Zukunft**

1 Wissenschaft und Forschung sind essenziell zur Lösung
2 sowohl der großen internationalen Zukunftsfragen, ge-
3 sellschaftlicher Herausforderungen sowie der zentra-
4 len **Fragen der wachsenden Stadt** Berlin. Berlin hat durch
5 die Dichte und Vielfalt an Wissenschafts- und Forschungs-
6 institutionen ein unglaubliches Potenzial, das wir in den
7 kommenden zehn Jahren gezielt weiter auszubauen wer-
8 den. Es gilt dieses Potenzial im Sinne der Stadt, ih-
9 rer Wissenschaftler*innen, Forscher*innen, Erfinder*innen
10 und Bewohner*innen zu nutzen. Eine sozialdemokrati-
11 sche Wissenschafts- und Forschungspolitik orientiert sich
12 dabei an den Grundsätzen der vertikalen wie horizonta-
13 len Durchlässigkeit, maximaler Chancengleichheit, Viel-
14 falt bei Gleichwertigkeit und einer breiten demokrati-
15 schen Beteiligung der Betroffenen an Prozessen. Wir wol-
16 len Wissenschaft und Forschung im Sinne aller an ihnen
17 Mitwirkenden und Partizipierenden, aber auch im Sinne
18 der Bürgerinnen und Bürger!

19 Es ist die Aufgabe des Staates, die Autonomie von Wis-
20 senschaft und Forschung zu schützen, dabei aber zugleich
21 die politischen Rahmenbedingungen für eine positive und
22 progressive Entwicklung zu setzen. Durch die neoliberalen
23 Reformen der vergangenen Jahrzehnte, die sich in der
24 Wissenschaft in Form des New Public Management nie-
25 derschlugen und der Theorie eines effektiv administrier-
26 baren, outputorientierten nach wirtschaftlichen Gesichts-
27 punkten ausgerichteten Wissenschaftssystems gründe-
28 ten, wurde Wissenschaft jedoch vielfach nicht nur preka-
29 risiert, sondern im Wettlauf um Drittmittel auch in ihrer
30 Freiheit beschränkt. Alle Versuche, die Lehre zu verbes-
31 sern, mussten in einem derartigen System wenig Erfol-
32 ge zeitigen. Nur eine solide Grundfinanzierung, ergänzt
33 durch Exzellenz, Drittmittel und kooperative Forschungs-
34 vorhaben, kann auch den Querdenker*innen und denen,
35 die an langfristigen und weniger kurzfristig outputori-
36 entierten Vorhaben arbeiten, die notwendige Grundlage
37 bieten.

38 Das Land Berlin hat hier bereits **politische Instrumente**,
39 wie beispielweise die Hochschulverträge entwickelt, die
40 sich bewährt haben und weiterhin eine zentrale Rolle in
41 der wissenschaftspolitischen Gestaltung spielen sollten.
42 So sind Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen öf-
43 fentliche Institutionen, die in einem Spannungsverhält-
44 nis zwischen Autonomie von Wissenschaft und Forschung
45 einerseits und den **gesellschaftlichen Bedarfen und ge-**
46 **gesellschaftlicher Verantwortung** andererseits stehen. So-
47 zialdemokratische Wissenschafts- und Forschungspolitik
48 greift entsprechend gestaltend ein, ohne die Autonomie

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 135.1/II/2019 (Konsens)**

49 von Wissenschaft und Forschung einzuschränken. Sozial-
50 demokratische Wissenschafts- und Forschungspolitik be-
51 deutet unabhängige, **kritische Wissenschaft**. Sie rechtfertigt
52 sich aus sich selbst heraus und untersteht allein
53 den wissenschaftlichen Prinzipien. Diese Aussage klingt
54 selbstverständlich, ist es aber nicht. Tatsächlich ist For-
55 schung mehr und mehr zahlreichen Abhängigkeiten aus-
56 gesetzt, von denen manche sich kurzfristig nicht vermei-
57 den lassen, etwa bei der Finanzierung, bei der allerdings
58 selbst Aufholbedarf besteht. Aber eine Wissenschaft, die
59 nur solche Ergebnisse „produzieren“ soll, die von Auf-
60 traggebern gewünscht sind, ist Pseudo-Wissenschaft. Das
61 Bild einer unabhängigen Wissenschaft gerät stärker un-
62 ter Druck. Selbst Grundsätze, die vor kurzem noch als
63 selbstverständlich galten, sind es heute nicht mehr. So hat
64 die CDU-Wissenschaftsministerin Anja Karliczek ein Ver-
65 ständnis von Wissenschaft und Forschung, nach dem es
66 vornehmlich darum geht konkrete Ergebnisse zu produ-
67 zieren, die so sofort verwendbar sind – am besten für die
68 Wirtschaft. Doch so funktioniert Wissenschaft nicht: Wis-
69 senschaft braucht Grundlagenforschung und die Freiheit
70 Erkenntnisse zu produzieren, selbst wenn diese für nie-
71 manden wirtschaftlich verwertbar sind. Wissenschaft ist
72 kein Zulieferbetrieb für die Wirtschaft. Wissenschaft ist
73 Erkenntnisgewinn und kritisches Denken.

74 Wissenschaft und Forschung dienen nicht nur wenigen,
75 vielmehr stehen Wissenschaft und Forschung auf der ei-
76 nen Seite sowie Gesellschaft auf der anderen Seite in ei-
77 nem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Es ist ver-
78 lässlich nachgewiesen, dass Wissenschaft und Forschung
79 nachhaltig auf die Arbeitsplatzentwicklung in den Regio-
80 nen wirken und große Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum
81 haben. Dabei entstehen Arbeitsplätze auf al-
82 len Qualifikationsniveaus und Löhne steigen. Darüber hin-
83 aus hat Wissenschaft und Forschung in der Region einen
84 großen Anteil am Bildungsaufstieg bislang ausgegrenzter
85 gesellschaftlicher Gruppen. Die Ergebnisse von Forschung
86 können ALLE Arbeitsplätze gesünder und nachhaltiger ge-
87 stalten. Dabei gehen Sozialforschung und technische In-
88 novation idealerweise Hand in Hand. Ohne Wissenschaft
89 und Forschung werden wir weder die regionalen Proble-
90 me z.B. des Verkehrs und der Energieversorgung oder der
91 Partizipation und des sozialen Zusammenhalts noch die
92 globalen Probleme der Friedenssicherung oder des Kli-
93 mawandels lösen können. Digitalisierung und Automati-
94 sierung, Künstliche Intelligenz und Welthandel, Inklusion
95 und Gleichstellung – für ihre progressive Gestaltung brau-
96 chen wir Wissenschaft.

97 Die deutsche Wissenschaft, und Berlin mit an der Spit-
98 ze, sind hocheffektiv im internationalen Vergleich. Mit
99 dem Zukunftsvertrag ist der Bund dauerhaft und verläss-
100 lich in die Finanzierung der Hochschulen eingestiegen.
101 Das ist auch ein Erfolg sozialdemokratischer Verhand-

102 lungserfolge. Trotzdem ist ein „Mitspielen“ in der Welt-
103 spitze auf diesem Niveau nicht nachhaltig zu erreichen.
104 Während andere große Industrienationen bis zu 2,5 % ih-
105 res Bruttosozialproduktes in Wissenschaft und Forschung
106 investieren, ist Deutschland mit 1,2 % weit hinter her. Da-
107 bei gibt es unter den Spitzenreitern Staaten, in denen der
108 Anteil der privaten Finanzierung über Stiftungen, Schen-
109 kungen aber auch Studiengebühren, die weitgehend die
110 Mittelschicht aufbringt und sich dafür verschuldet hoch
111 ist, aber auch solche Staaten, die Bildung sowie Wissen-
112 schaft und Forschung grundsätzlich als Aufgabe der staat-
113 lichen Daseinsvorsorge betrachten und öffentlich finan-
114 zieren. Letztere sollte sich Deutschland zum Vorbild neh-
115 men und den Anteil für Wissenschaft und Forschung am
116 BIP deutlich steigern. Studiengebühren sind dabei in jeg-
117 licher Form abzulehnen, da für eine soziale und demo-
118 kratische Gesellschaft ein durchlässiges Bildungssystem
119 grundlegend notwendig ist und eine Erosion der Mittel-
120 schicht durch Verschuldung katastrophale gesellschaftli-
121 che Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit
122 sich bringt.

123

124 **Situation in der Berliner Wissenschafts- und Forschungs-** 125 **politik**

126 In der Berliner Wissenschafts- und Forschungspolitik fin-
127 den die beschriebenen sozialdemokratischen Grundsät-
128 ze bereits jetzt Anwendung. Im bundesweiten Vergleich
129 pflegt Berlin eine starke **Kultur des Austausches und der**
130 **Kooperation** zwischen Politik, Stadtgesellschaft und den
131 Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen. Diese gilt es
132 zu erhalten und weiter auszubauen. Insbesondere bei der
133 Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungsein-
134 richtungen wollen wir in den kommenden Jahren einen
135 Schwerpunkt setzen. Doch auch das Verhältnis zwischen
136 Land und Hochschulen wollen wir weiter intensivieren,
137 indem wir im Vorfeld der Verhandlungen zu den Hoch-
138 schulverträgen die gesellschaftlichen und **politischen Prä-**
139 **ferenzen** der Stadt durch partizipative Elemente stärker
140 integrieren. Die Schwerpunkte eines Hochschulvertrages
141 müssen im Vorfeld sowohl in den Gremien der Hochschu-
142 len als auch im Parlament beraten werden. Ziel ist, eine
143 breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den The-
144 men der Hochschulen.

145

146 So stellen die **Hochschulverträge** nach wie vor für uns
147 das zentrale politische Instrument dar, um die Bedarfe
148 der Stadtgesellschaft in die Hochschulen zu transferie-
149 ren. Durch die bessere finanzielle Situation war es uns
150 in den letzten Jahren möglich, wesentliche gesellschafts-
151 politische Prozesse anzustoßen und Weichen für die Zu-
152 kunft zustellen. Zu nennen sind hier insbesondere die Ein-
153 richtung eines Instituts für Islamische Theologie an der
154 Humboldt-Universität zu Berlin, die Einrichtung einer Ge-

155 schäftsstelle für die neu gegründete Landeskommission
 156 Duales Studium, eine Erhöhung der Studienplätze insbe-
 157 sondere in den Bereichen „Soziale Arbeit“, „Erziehung und
 158 Bildung im Kindesalter“, „Öffentliche Verwaltung“ und
 159 schließlich im Bereich des Lehramts.

160
 161 Schließlich hat die SPD dafür gesorgt, dass in den jüngsten
 162 Hochschulverträgen 2018 bis 2022 das Land Berlin seine
 163 elf staatlichen Hochschulen und die Charité durch **Erhö-**
 164 **hung der Grundmittel** immens stärkt: Die Verträge wur-
 165 den erstmals über einen Zeitraum von fünf Jahre und mit
 166 einem Aufwuchs von 3,5 % p.a. abgeschlossen. Die Hoch-
 167 schulen erhalten insgesamt 767 Mio. Euro zusätzliche Mit-
 168 tel. Im Jahr 2022 beläuft sich das Gesamtvolumen damit
 169 auf 1,65 Mrd. Euro.

170 Die SPD hat die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen
 171 wesentlich verbessert. Erstmals vereinbart wurde mit den
 172 Hochschulen:

- 173 • eine fest vereinbarte Mindestquote an Dauerbe-
- 174 schäftigten an jeder Hochschule;
- 175 • Mindestvertragslaufzeiten, die sich an der jeweili-
- 176 gen Projektlaufzeit orientiert;
- 177 • die familienpolitischen Möglichkeiten für
- 178 Haushalts- und Drittmittelbeschäftigte vollum-
- 179 fassend auszuschöpfen;
- 180 • die Karrierewege des wissenschaftlichen Nach-
- 181 wuchses durch das so genannte Tenure-Track-
- 182 Gesetz zu stärken;
- 183 • Mindest-Honorare für Lehrbeauftragte zu zahlen
- 184 sowie den studentischen Tarifvertrag zu erhalten
- 185 und auszubauen;
- 186 • Fremdvergaben zu vermeiden und Ausgründungen
- 187 wie die Betriebsgesellschaft am Botanischen Garten
- 188 in die Hochschule und damit in den TVL zurückzu-
- 189 führen;
- 190 • zudem wurden die Mindeststundenlöhne bei der
- 191 Charité Facility Management (CFM) erhöht und im
- 192 Januar 2019 die CFM zu 100% in öffentliches Eigen-
- 193 tum überführt. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen
- 194 und auch in Zukunft an der Erreichung unseres Ziels
- 195 „Gute Arbeit in Wissenschaft und Forschung“ arbei-
- 196 ten.

197

198

199 **Berliner Wissenschafts- und Forschungspolitik weiterent-**
 200 **wickeln**

201 Gute Arbeit und eine vorausschauende Personalentwick-
 202 lung bleiben zentrale Aufgaben einer sozialdemokrati-
 203 schen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Wir wissen:
 204 Arbeit an Hochschulen ist oft prekär. Das ist nicht nur
 205 fatal für die betroffenen Personen, sondern führt auch
 206 zu einer schlechteren Qualität von Wissenschaft und For-
 207 schung. Als SPD wollen wir uns in den kommenden Jah-

208 ren daher insbesondere für folgende Maßnahmen einset-
209 zen, um Gute Arbeit und Personalentwicklung zu verwirk-
210 lichen

- 211 • Wir wollen den wissenschaftlichen Mittelbau wei-
212 ter stärken, indem wir attraktive Forschungsstellen
213 neben der klassischen Professur anbieten. Diese sol-
214 len dauerhaft eingerichtet werden und sich durch
215 wissenschaftlich eigenständiges Arbeiten auszeich-
216 nen. Damit schaffen wir eine neue Personalkatego-
217 rie an den Hochschulen.
- 218 • Wir wollen für alle dauerhaft zu erbringenden Ar-
219 beiten Dauerstellen und gleiche Arbeit auch gleich
220 bezahlen. Die Quote an dauerhaft Beschäftigten an
221 den Berliner Hochschulen soll in den kommenden
222 Jahren weiter deutlich erhöht werden.
- 223 • Ein Bereich, in dem es besonders viele befristet be-
224 schäftigte Mitarbeiter*innen gibt, sind Drittmittel-
225 projekte. Der „Sachgrund“ ist hier, dass die Mittel
226 nur befristet gewährt werden. Gemeinsam mit den
227 Hochschulen wollen wir innovative Arbeitsmodel-
228 le etablieren, durch die gewährleistet werden kann,
229 dass auch Drittmittelprojekte über unbefristet be-
230 schäftigte Forscher*innen durchgeführt werden, z.B.
231 durch so genannten „rolling contract“.
- 232 • Wir fordern, dass sich Senat und die sozialdemo-
233 kratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und
234 des deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass
235 Drittmittel des Bundes nicht zwingend mit befris-
236 teter Beschäftigung des wissenschaftlichen Mittel-
237 baus verbunden werden.
- 238 • Insbesondere auch die Stellen für die Einwerbung
239 und Koordination von Drittmitteln sollen als Dau-
240 erstellen geführt werden. So bilden sie einen zen-
241 tralen Bereich des Wissenschaftsmanagements. Ein
242 auf Dauer gestelltes, professionelles Wissenschafts-
243 management beinhaltet den Vorteil, dass unse-
244 re Wissenschaftler*innen und Forscher*innen sich
245 nicht hauptsächlich mit der Akquise zukünftiger
246 Gelder beschäftigen müssen.
- 247 • Die bisher bereits eingeführten tenure track Stellen
248 haben sich bewährt. Wir wollen diesen Weg weiter
249 gehen, denn er bietet den Wissenschaftler*innen Si-
250 cherheit auf dem Weg zur Professur. In Berlin soll es
251 in Zukunft keine Juniorprofessur mehr geben, ohne
252 dass die über einen tenure track in einem geregel-
253 ten Verfahren zu einer Professur führt. Dabei muss
254 die Frauenquote für tenure track Stellen 50 Prozent
255 betragen. Darüber hinaus wollen wir auch Wege fin-
256 den, um Stellen aus dem wissenschaftlichen Mittel-
257 bau sinnvoll mit einem tenure track auszustatten.
- 258 • Das Berliner Chancengleichheitsprogramm soll als
259 wichtiges Instrument der Frauenförderung fortge-
260 führt und weiter entwickelt werden.

- 261 • Die Frauenbeauftragten der Hochschulen wollen
 262 wir in ihren Kompetenzen und Ausstattung stärken
 263 und geeignete Strukturen wie ein Netzwerk Diversity
 264 ty und Antidiskriminierung schaffen, um struktureller
 265 Diskriminierung umfassend und wirksam zu be-
 266 gegnen.
- 267 • Wie werden uns dafür einsetzen, dass auch die
 268 studentischen Arbeitsbereiche an den Außeruniver-
 269 sitären Forschungseinrichtungen in Zukunft nach
 270 dem TV Stud bezahlt werden.

271

272

273 **Qualität und Selbstbestimmung in Studium und Lehre**

274 Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir in den kom-
 275 menden Monaten und Jahren beim Thema Qualität und
 276 Selbstbestimmung in Studium und Lehre setzen. 20 Jah-
 277 re nach der Bologna-Deklaration sind ein guter Zeitpunkt,
 278 um erfahrungsbasiert Bilanz zu ziehen und an den Stellen
 279 neu zu justieren, die sich in der Praxis nicht oder nur unzu-
 280 reichend bewährt haben. Aus sozialdemokratischer Sicht
 281 sind dahingehend folgende Maßnahmen anzugehen:

282

- 283 • Ein Jahr „Studium Generale“ für Alle, die das wollen.
 284 Wir wollen eine Studieneingangsphase bzw. ein Ori-
 285 entierungsstudium einführen, in der Kurse aus al-
 286 len Fachbereichen gewählt werden können und Prü-
 287 fungsleistungen auf das später gewählte Studium
 288 angerechnet werden können.
- 289 • Wir wollen den Anteil der Wahlmodule erhöhen, da-
 290 mit Studierende selbst entscheiden können, welche
 291 Schwerpunkte sie innerhalb des Studiums setzen.
- 292 • Unabhängige Wissenschaft fängt im Studium
 293 an. Wir bekennen uns zu den Prinzipien: Keine
 294 Anwesenheitspflicht, keine Studiengebühren, volle
 295 Durchlässigkeit zwischen Bachelor und Master.
- 296 • Wir wollen Wege finden, mit denen wir die Möglich-
 297 keiten eines Teilzeitstudiums weiter verbessern und
 298 dadurch auch die Studierenden erreichen, die fak-
 299 tisch Teilzeit studieren, ohne sich im Teilzeitstudium
 300 zu befinden.
- 301 • Zur Förderung einer besseren Anerkennungskultur
 302 von Studienleistungen, implementieren wir die Be-
 303 weisumkehr bei der Anerkennung von Leistungs-
 304 nachweisen anderer Hochschulen, inklusive der im
 305 Ausland erbrachten Studienleistungen.
- 306 • Wir wollen die Studienberatung weiter ausbauen,
 307 damit es zu noch weniger Studienabbrüchen
 308 kommt.
- 309 • Wissenschaft bedeutet, dass Forschung und Leh-
 310 re zusammenkommen. Die Lehre wird grundsätz-
 311 lich von didaktisch qualifizierten und für Gleichstel-
 312 lungaspekte und Inklusion sensibilisierte Profes-
 313 sor*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*in-

314 nen ausgeübt. Reine Lehrstellen – zum Beispiel über
315 Lehrbeauftragte – darf es deshalb nur ergänzend als
316 Schnittstelle zur Praxis und in Ausnahmefällen zur
317 Abdeckung kurzfristiger Sonderbedarfe geben.
318 • Wir wollen eine verpflichtende Lehrevaluation, die
319 in den Gremien der Hochschulen unter besonderer
320 Beteiligung der Studierenden ausgewertet und mit
321 systematischen Handlungsempfehlungen versehen
322 werden.

323

324 **Soziale Lage der Studierenden verbessern, Studienerfolg**
325 **absichern**

326 In den letzten Jahren sind die Studierendenzahlen in Ber-
327 lin stark gestiegen, von 130.000 Anfang der Nuller Jahre
328 auf über 190.000 zurzeit. Das hat die SPD in Bund und
329 Land unterstützt, zumal wir auf die Fachkräfte insbeson-
330 dere im Bereich Lehrkräfte, Soziale Arbeit, Erziehungsberu-
331 rufe, öffentliche Verwaltung inklusive Polizei und Rechts-
332 pflege dringend angewiesen sind.

333 In Folge der Einschnitte in der Hochschulfinanzierung ver-
334 gangener Jahrzehnte - trotz momentaner Aufwüchse von
335 3,5% - und in Folge der Bolognaformen sind aber Studi-
336 endruck und Arbeitsverdichtung an den Hochschulen ge-
337 stiegen. Hinzu kommen steigende Lebenshaltungskosten,
338 insbesondere Mieten und daher auch zunehmende Belas-
339 tung durch Erwerbsarbeit bei Studierenden.

340 Heute nehmen über 40% eines Jahrganges ein Studium
341 auf. Viele Berufe, die früher im Dualen System ausgebildet
342 wurden, werden heute akademisch gelehrt weil die Kom-
343 plexität und der Spezialisierungsgrad zu genommen ha-
344 ben. Akademisierung ist ein wichtiges Thema in der Pfl-
345 ge wie in den Erziehungsberufen aber auch in technischen
346 und anderen Berufsfeldern. Dazu steht die SPD. Die Dua-
347 le Ausbildung ist neben der akademischen Ausbildung die
348 zweite Säule aber die akademische Ausbildung trägt der
349 notwendigen Multiprofessionalität vieler Aufgabenfelder
350 Rechnung.

351 Allerdings hat sich durch steigende Mieten und unzurei-
352 chende Anpassung des BAföG die soziale Lage der Studie-
353 renden besonders in Metropolen wie Berlin verschlech-
354 tert. Darunter leiden insbesondere die jungen Menschen,
355 die aus dem Elternhaus weder finanzielle Unterstützung
356 noch den Erfahrungshintergrund einer Akademikerfami-
357 lie mitbringen, Studierende mit Kindern und in höherem
358 Lebensalter durch längere Bildungswege. Gerade auch in
359 Studiengängen wie der sozialen Arbeit oder der Gesund-
360 heitsberufen (ohne Medizin), die bei späterer Berufstätig-
361 keit keine hohen Einkommen erwarten lassen, was auch
362 Studienfinanzierung durch Kredite nicht zulässt.

363 Hinzu kommt die gestiegene Heterogenität der Studie-
364 rendenschaft auch in Bezug auf Herkunft und Fluchthin-
365 tergründe. Für diese Studierendengruppen ist das Ange-
366 bot vor allem des Studierendenwerks und andere nied-

367 rigschwellige und kostengünstige Beratungs- und Unter-
368 stützungsangebote besonders wichtig. Sozialberatung,
369 Arbeitsberatung, psychologische Studienberatung müs-
370 sen ausreichend vorgehalten werden. Wir brauchen dar-
371 über hinaus Wohnangebote, die auch für Studierende
372 mit Kindern geeignet sind und den international üblichen
373 Wohnformen entgegenkommen. Hier sind oft mehr güns-
374 tige WG- oder Wohnheimzimmer mit Gemeinschaftsflä-
375 chen zu finden als Einzelappartements. Wir brauchen Kin-
376 derbetreuung, die sich an Tageszeiten und Semesterzei-
377 ten anpasst und räumlich günstig zum Studienort liegt.
378 Für alle Angehörigen der Hochschulen kann Wege- und
379 Zeitsparende Organisation des Alltags Studien- bzw. wis-
380 senschaftlichen oder beruflichen Erfolg entscheidend be-
381 einflussen. Zeitpolitik ist Frauen- und Familienpolitik.

382 Das Hochschulstudium, insbesondere auch an Fachhoch-
383 schulen oder Hochschulen für angewandte Wissenschaft,
384 ist ebenso ein Thema der inklusiven Gesellschaft und des
385 Bildungsaufstieges für unsere diverse Gesellschaft wie die
386 Förderung aller Kinder in der Schule und Kita. Es kann
387 nicht mit dem Schulabschluss Schluss sein und das Studi-
388 um exklusiv einigen vorbehalten sein, während Kinder aus
389 Nichtakademikerfamilien oder mit Migrationsgeschichte
390 vor verschlossener Tür stehen oder nach kurzer Zeit an der
391 hohen Belastung und der unzureichenden Betreuung und
392 Beratung scheitern.

393 Senat und sozialdemokratische Mitglieder des Abgeord-
394 netenhauses sollen sich dafür einsetzen, dass die soziale
395 Lage der Studierenden nachhaltig verbessert wird:

396

- 397 • Berlin muss sich in Bundesrat und Bundestag wei-
398 ter dafür einsetzen, dass das BAföG den Lebenshal-
399 tungskosten der Studierenden auch in Metropolen
400 angepasst wird.
- 401 • Wir wollen den beispielgebenden Berliner Studenti-
402 schen Tarifvertrag weiter als Modell auch für außer-
403 universitäre Forschungseinrichtungen und andere
404 Bundesländer bewerben. - Die Angebote des Studie-
405 rendenwerks sollen bedarfsgerecht ausgebaut und
406 finanziert werden. Der von 130.000 auf über 190.000
407 Studierende und die gestiegene Heterogenität und
408 Bedarfe an Arbeits- und Sozialberatung im komple-
409 xen deutschen System sowie an psychologischer Be-
410 ratung ist Rechnung zu tragen.
- 411 • Die Forderungen der Studierenden nach ausgewo-
412 gener, gesunder und klimaschonender Ernährung
413 sollen weiter aufgenommen werden. Die dazu nö-
414 tigen Strukturen in Einkauf und Ausstattung der
415 Mensen und Caféterien ist zu berücksichtigen.
- 416 • Hochschulnahe Wohnangebote für Studierende –
417 auch mit Kindern – müssen in vielfältiger Weise aus-
418 gebaut werden. Auch Kinderbetreuung, die sich in
419 den angebotenen Betreuungszeiten täglich und vor

420 allem in den Vorlesungszeiten zeitlich und örtlich
421 mit dem Studium gut vereinbaren lässt, muss wei-
422 ter ausgebaut werden. Hier sind auch die Bedarfe
423 des Wissenschaftlichen Personals und der Mitarbei-
424 tenden in Verwaltung, Technik und Service zu be-
425 rücksichtigen.

426 • Das ABC-Ticket im Rahmen der Rückmeldegebühren
427 ist sozial-, verkehrs- und umweltpolitisch ein großer
428 Erfolg. Bei weiteren Absenkungen der Nahverkehrstarife dürfen die Studierenden nicht vergessen werden.
429
430

431

432 **Studentischen Wohnraum schaffen**

433 Berlin hat in den letzten Jahren (auch dank der Förde-
434 rung des Bundes) die Zahl der Studienplätze auf 195.000
435 erhöht, insbesondere im Bereich von Qualifikationen, die
436 dringend in der Stadt benötigt werden, wie die Ausbil-
437 dung für den öffentlichen Dienst (z.B. Polizei und Rechts-
438 pflege sowie Lehrkräfte, Soziale Arbeit, Erziehungsberufe,
439 Pflege- und Gesundheitsberufe) aber auch für die erfolg-
440 reiche Start-up-Szene oder Ansiedlungen in Forschung-
441 und Entwicklung von Unternehmen. Ob Lebenswissen-
442 schaften, Nachhaltigkeit, Verkehr und Mathematik oder
443 Kulturwissenschaften, Berlin ist in vielen Bereichen hot-
444 spot. Internationalisierung ist eine der Strategien, mit der
445 Berliner Universitäten erfolgreich sind.

446 Damit diese Entwicklung nicht durch Wohnraummangel
447 abgewürgt wird sollen neben den bestehenden Bemü-
448 hungen folgende einzelnen Maßnahmen ergriffen wer-
449 den:

450

451 • Am Campus Schöneberg der HWR soll der Neubau
452 für Kita, studentisches Wohnen und Lehrgebäude
453 zügig finanziert und umgesetzt werden.

454 • Am Campus Lichtenberg der HWR soll zügig der
455 Übergang von der BIM ins Fachvermögen der Wis-
456 senschaftsverwaltung umgesetzt werden. Der Cam-
457 pus soll saniert und weiterentwickelt werden inklu-
458 sive der Sportstätten für die Polizeiausbildung und
459 ausreichend Wohnraum für Studierende und Auszu-
460 bildende, insbesondere der Polizei und anderer öf-
461 fentlicher Belange.

462 • An den Standorten der Alice-Salomon-Hochschule
463 in Hellersdorf und der HTW in Oberschöneweide
464 sollen geeignete Grundstücke angekauft werden
465 um campusnahe Wohnmöglichkeiten zu schaffen.
466 An beiden Standorten ist die Wohnsituation für Stu-
467 dierende schwierig, wodurch lange Anfahrten nö-
468 tig sind. Gleichzeitig würde campusnahes Wohnen
469 auch der Verankerung der Hochschulen in ihren
470 Stadtteilen dienen.

471 • Bei der Planung für die Beuthhochschule in Tegel
472 soll maximal möglicher studentischer Wohnraum

473 berücksichtigt werden.

474 • An den Standorten der drei Universitäten in Mit-
475 te, Dahlem und Charlottenburg sollen alle Univer-
476 sitätseigenen Grundstücke, wie zum Beispiel Park-
477 plätze und Immobilien darauf hin überprüft werden,
478 ob bei Sanierung oder Umbau - auch kleinteilig - stu-
479 dentischer Wohnraum geschaffen werden kann. Die
480 Strategie nur big is beautiful muss hinterfragt wer-
481 den. Geeignete Grundstücke in Privatbesitz oder Be-
482 sitz des Bundes sollen unter Mitwirkung der Hoch-
483 schulen identifiziert werden, um in Ankaufgesprä-
484 che einzutreten.

485

486 Bei der Planung studentischen Wohnraums sollen ins-
487 besondere auch folgende Wohnformen Berücksichtigung
488 finden:

489

- 490 • Wohnraum für Studierende mit Kind oder Kindern
- 491 • Wohnraum für Studierende mit Behinderung
- 492 • Wohnraum in Form von Wohngemeinschaften mit
493 gemeinsam genutzten Küchen und unter Umstän-
494 den Bädern, wie international üblich
- 495 • Gemeinschaftsflächen für Kommunikation und Be-
496 gegnung und sozialräumliche Öffnung

497

498 Bei der Planung sollen folgende Bauweisen Berücksich-
499 tigung finden: - Schnellbau mit einfachem Standard für
500 kürzere Nutzungszeiten, z.B. 30 Jahre auch unter Verwen-
501 dung von Holzmodulbau

502

503 Für die schnelle Umsetzung müssen alle Kooperations-
504 partner*innen in der Stadt ins Boot geholt werden. Zu-
505 nächst das Studierendenwerk und die Genossenschaften,
506 die Hochschulen und mögliche weitere Akteure.

507

508 **Zukünftige nachhaltige Wissenschaftspolitik für Berlin**

509 Unsere Berliner Hochschulen sind bundesweit und inter-
510 national in ihren Profilen und ihrer Forschung sehr gut
511 aufgestellt. Die Attraktivität zeigt sich vor allem auch in
512 dem Zuzug von Wissenschaftler*innen aus der gesamten
513 Bundesrepublik und der Welt. Die Strahlkraft wird durch
514 die Berliner Erfolge im Rahmen der Exzellenz-Strategie
515 noch gesteigert. Wir als Berliner SPD unterstützen unse-
516 re Hochschulen auf ihrem erfolgreichen Kurs und stehen
517 für exzellente Forschung und Wissenschaft – in der Spitze
518 wie in der Breite! Um eine gute Mischung zwischen erfolg-
519 reicher, autonomer Forschung und der Realisierung gesell-
520 schaftlicher Bedarfe durch nachhaltige **Wissenschaftspo-**
521 **litik** zu realisieren, setzen wir uns in den kommenden Jah-
522 ren für folgende Maßnahmen ein:

523

- 524 • Senat und die sozialdemokratischen Mitglieder des
525 Abgeordnetenhauses und des deutschen Bundesta-

- 526 ges sollen sich weiter intensiv für eine dauerhafte
527 und deutlich erhöhte Grundfinanzierung der Wis-
528 senschaft in Deutschland einsetzen
- 529 • Um Spitzenforschung in der Breite zu garantieren,
530 setzen wir uns auch in Zukunft auf Landesebene
531 für eine hohe und verlässliche Grundfinanzierung
532 der Berliner Hochschulen ein. Die Laufzeit der Hoch-
533 schulverträge soll auch in Zukunft mindestens vier
534 Jahre betragen und mindestens eine 3% Steigerung
535 der Mittel enthalten. Dadurch soll ein gesundes
536 Verhältnis von Grund- zu Drittmittelfinanzierung
537 und die finanzielle Ausstattung weniger drittmit-
538 telbegünstigten Bereiche gewährleistet sein. Dar-
539 über hinaus gehende Tarifabschlüsse im öffentli-
540 chen Dienst sollen durch eine Tarifierpassungsklau-
541 sel ausgeglichen werden, damit eine gute Tarifen-
542 twicklung nicht zu Lasten der qualitativen Entwick-
543 lung der Hochschulen und der Qualität der Lehre
544 geht.
 - 545 • Die Studienplatzkapazitäten wollen wir erhalten
546 und insbesondere die Bereiche stärken, in denen ein
547 gesellschaftlicher Bedarf besteht. Für Berlin bedeu-
548 tet dies in den nächsten Jahren weiterhin den Be-
549 reich „Soziale Arbeit“, Lehramt sowie insbesondere
550 auch die Gesundheitsberufe zu stärken.
 - 551 • Der Bedarf an Lehrkräften wird auch in den kom-
552 menden Jahren hoch sein. Sowohl fachwissen-
553 schaftlich als auch pädagogisch bzw. erziehu-
554 gswissenschaftlich gut ausgebildete Lehrkräfte sind
555 der entscheidende Faktor für die Leistungsfähig-
556 keit unseres Schulsystems. Um den Lehrkräftebe-
557 darf an den Berliner Hochschulen in angemesse-
558 ner Quantität und Qualität gerecht zu werden, wol-
559 len wir neben dem Ausbau der Studienplatzkapazi-
560 täten die zentralen „Schools of Education“ an den
561 Berliner Universitäten stärken und mit eigenen Pro-
562 fessuren und eigenen Lehramtsstudiengängen aus-
563 statten. Durch eine Stärkung der Fachdidaktiken
564 soll zudem sichergestellt werden, dass Schule als
565 Lernort für Demokratie verstanden wird und Fra-
566 gen der Unterrichtskultur und der Mitbestimmung
567 von Schüler*innen stärkeren Eingang in die Lehr-
568 kräfteausbildung finden. Wir werden die Abstim-
569 mung zwischen den lehrkräfteausbildenden Univer-
570 sitäten weiter ausbauen, Übergänge erleichtern, Be-
571 ratung und Betreuung der Studierenden ausbauen
572 und das Lehrpersonal gezielt weiterbilden für die
573 Erfordernisse des Berliner Schulsystems. Lehrkräf-
574 teausbildung hat für die SPD absolute Priorität.
 - 575 • Neu gegründet werden soll eine Akademie für das
576 Wissenschaftsmanagement, um den gestiegenen
577 Anforderungen und Komplexität im Wissenschafts-
578 system auch personell besser Rechnung zu tragen.

- 579 • Um Qualität statt Quantität in Wissenschaft und
 580 Forschung zu stärken, werden wir uns im Rahmen
 581 unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, den in den
 582 letzten Jahren entstandenen „Publikationswahn“
 583 Einhalt zu gebieten. Statt politisch Anreize für lan-
 584 ge Publikationslisten zu setzen, wollen wir eine Kul-
 585 tur stärken, die die Quantität von Publikationen als
 586 Reputationsfaktor hin zu anderen Qualitätskriteri-
 587 en verschiebt. Gesellschaftliche Relevanz von For-
 588 schungsergebnissen und Einbindung in die Stadtge-
 589 sellschaft sollen stärker honoriert werden.
- 590 • Ebenfalls im Rahmen der Grenzen der Hochschul-
 591 autonomie wollen wir die Berufungskriterien und
 592 -verfahren transparenter gestalten. Zu überlegen
 593 ist auch, inwieweit die Hochschulen dazu ermutigt
 594 werden können, die Berufungsverfahren und die Zu-
 595 sammensetzung der Kommissionen neu zu struktu-
 596 rieren, indem diese sich beispielsweise per Los aus
 597 einem Pool von möglichen Mitgliedern rekrutieren.
- 598 • Ziel ist eine geschlechterparitätische Besetzung der
 599 Gremien, die aber in Fächern, in denen Frauen stark
 600 unterrepräsentiert sind, nicht zu einer Überlastung
 601 der Frauen führen darf. Hier sind geeignete Wege
 602 der Unterstützung und Kompensation zu finden.
- 603 • Im Fall von Berufungsverfahren, die beispielswei-
 604 se durch Frauenbeauftragte oder Diversity oder An-
 605 tidiskriminierungsstellen beanstandet werden, soll
 606 es einen zügigen Clearingprozess geben, bevor der
 607 Ruf erteilt wird.
- 608
- 609 Die ausgeprägte Kooperationskultur und Vernetzung in
 610 der Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft
 611 wollen wir weiter stärken. Während wir in den letzten Jah-
 612 ren bei der Wissenschaftspolitik bereits Einiges erreicht
 613 und bewegt haben, gilt es in den kommenden Jahren den
 614 Fokus vor allem auf die **Forschungspolitik** zu richten. Die
 615 Berlin University Alliance bietet für den Wissenschafts-
 616 standort Berlin eine einmalige Chance für die Zukunft um
 617 in Berlin eine im besten Sinne soziale, nachhaltige und
 618 demokratische Forschungspolitik, die sich insbesondere
 619 den Bereichen „Sozial-ökologische Transformation“, „Ar-
 620 beit 4.0 / KI“ und „Gesundheit / Wohlbefinden“ widmet.
 621 Dazu werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:
- 622
- 623 • Wir bekennen uns dazu, dass gesellschaftsrelevan-
 624 te Themen Kernbereiche der Forschung darstellen.
 625 Die Entwicklung der Arbeit der Zukunft, die Di-
 626 gitalisierung, das autonome Fahren, Stärkung der
 627 Nachhaltigkeit, Biodiversität, Friedens- und Kon-
 628 fliktforschung, vorausschauende Stadtentwicklung
 629 und die Erforschung des Umgangs mit dem Kolonia-
 630 lismus sind nur einige Beispiele dafür.
- 631 • Mit der strategischen Neuausrichtung der Inter-

632 disziplinären Forschungsverbünde werden wir ab
 633 2020 ein Förderinstrument des Landes haben, wo-
 634 durch gezielt die Forschungsprojekte für eine sozial-
 635 ökologische Stadtentwicklung unterstützt und An-
 636 regungen für Forschungsbedarfe aus der Stadt-
 637 gesellschaft aufgenommen und integriert werden
 638 können.

- 639 • Wir fördern gezielt auch solche Fachbereiche, die
 640 nicht dem Mainstream entsprechen und eher we-
 641 niger Drittmittel einwerben können, weil sie nicht
 642 unmittelbar der Wirtschaft nützen. Dies gilt in be-
 643 sonderer Weise für gesellschafts- und sozialwissen-
 644 schaftliche Themen.
- 645 • Die Öffnung hin zur Gesellschaft bedeutet auch die
 646 Rahmenbedingungen für Ausgründungen zu ver-
 647 bessern und Studierenden den Weg von Forschung
 648 und Wissenschaft hin zu Startups bzw. Unterneh-
 649 mensgründung zu erleichtern.
- 650 • Wo es die beteiligten Akteur*innen wünschen, wol-
 651 len wir die Vernetzung und den Wissenstransfer
 652 zwischen Forschungsinstituten, Hochschulen, Un-
 653 ternehmen und weiteren Institutionen fördern.
- 654 • Wir stärken die Friedensforschung und bekennen
 655 uns zur Zivilklausel, d.h. wir bestärken unsere
 656 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen dazu,
 657 ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen.
- 658 • Berlin soll bundesweit führend in der Erforschung
 659 von Alternativen zu Tierversuchen werden und da-
 660 hingehend neue Maßstäbe setzen.

661

662 **Gesundheitsforschung**

663 Wir werden Berlin zur europäischen Gesundheitsmetro-
 664 pole ausbauen. Berlin hat mit dem Umfeld von exzel-
 665 lenten Wissenschaftseinrichtungen sowie den Landesun-
 666 ternehmen Charité und Vivantes beste Voraussetzungen.
 667 Wir werden die Charité und Vivantes baulich moderni-
 668 sieren, auf den neuesten Stand der Digitalisierung brin-
 669 gen und ihre jeweiligen Profile weiter stärken. Wir wol-
 670 len beste Krankenversorgung in allen Regionen unserer
 671 Stadt. Krankenversorgung darf nicht davon abhängig sein,
 672 in welcher Region man lebt. Deswegen werden wir al-
 673 le Standorte unserer Kliniken stärken. Medizinische Wei-
 674 terentwicklung lebt von exzellenter Forschung und kann
 675 langfristig nur durch qualifizierten Nachwuchs bestehen
 676 bleiben, was gute Lernbedingungen und Lehre voraus-
 677 setzt. Mit der Integration des Berliner Instituts für Ge-
 678 sundheitsforschung haben wir dazu beste Rahmenbedin-
 679 gungen.

680

681 **Berlin – Wissenschaftsstadt 2035 durch Investitionen ab-** 682 **sichern**

683 Auch in den Hochschulen ist durch die langanhalten-
 684 de Haushaltskonsolidierungsphase ein hoher Sanierungs-

685 rückstau entstanden. Analog zur Schulbauoffensive brau-
 686 chen wir ein langfristig angelegtes Sanierungs- und Neu-
 687 baukonzept für die Berliner Hochschulstandorte. Dazu
 688 fordern wir:

689

690 • Der Wissenschaftssenat entwickelt gemeinsam
 691 mit den Hochschulen und Forschungseinrich-
 692 tungen sowie mit den Bezirken, der Innenver-
 693 waltung, Stadtentwicklung und Finanzen einen
 694 Hochschulentwicklungs- und Investitionsplan, der
 695 folgende Ziele hat:

696 • Den Sanierungsrückstau in den Hochschulen in die-
 697 sem Zeitraum zu beseitigen und analog zur Schul-
 698 bauoffensive langfristige Planung und Finanzierung
 699 sicher zu stellen.

700 • Die Campuserwicklung an allen Hochschulstand-
 701 orten unter Gesichtspunkten der Rolle der Hoch-
 702 schulen im Sozialraum, des studentischen Woh-
 703 nens, der Ausbildungsqualität und der Daseinsvor-
 704 sorge durch Sportstätten zu planen und zu finanzie-
 705 ren.

706

707 Dazu muss geprüft werden,

708 • inwiefern Grundstücke von Dritten erworben wer-
 709 den müssen, um die Campi zu entwickeln

710 • Inwiefern Anmietungen durch Sanierung und Neu-
 711 bau überflüssig werden können

712 • inwiefern landeseigene Grundstücke von z.B. der
 713 BIM ins Fachvermögen der Wissenschaftsverwal-
 714 tung verlagert werden sollten

715 • wie die erfolgreiche Bauherreneigenschaft der
 716 Hochschulen – auch in Kooperation z.B. mit Fach-
 717 hochschulen – weiter gestärkt werden kann

718 • welche Partner aus dem Bereich der öffentlichen
 719 Unternehmen bei der Campuserwicklung mit ein-
 720 bezogen werden können, um die Effektivität zu er-
 721 höhen, Synergien zu schaffen und die Prozesse zu
 722 beschleunigen.

723 • wie die IT-Infrastruktur in Bezug auf Datendurch-
 724 satz und Speicherung an den Campi zukunftsfest
 725 ausgebaut werden muss und ob dazu ein öffentli-
 726 ches Netz notwendig ist.

727 • wie die Projekte möglichst nachhaltig gestaltet und
 728 umgesetzt werden können

729

730 Der erste Schritt muss die Finanzierung und konsequente
 731 Umsetzung des 6-Punkte-Plans der Hochschulen und der
 732 Wissenschaftsverwaltung sein.

733

734 **Wissenschaft Kommunikation Lernorte**

735 Wissenschaft braucht Kommunikation. Nicht nur intern,
 736 sondern auch mit allen Teilen der Gesellschaft. Wissen-
 737 schaft muss Akzeptanz schaffen und wissenschaftliche Er-

738 gebnisse aller Disziplinen sollen Eingang finden sowohl
 739 in politisches, wirtschaftliches als auch ins Alltagshandeln. Wissenschaft muss begeistern, um Nachwuchs zu
 740 finden, nicht nur für akademische Berufe, sondern auch
 741 für wissenschaftsnahe Berufe. . Für Kommunikationsprozesse werden Räume benötigt sowie Strukturen, die diese
 742 Kommunikation organisieren. Schüler*innenlabore, Schüler*innenuni sind Angebote, die junge Menschen für verschiedenste Disziplinen begeistern sollen. Dies ist besonders für die jungen Menschen wichtig, die diese Zugänge nicht über das Elternhaus vermittelt bekommen können. Außerschulische Lernorte sind z.B. Museen (Stadtmuseum, SPK, Naturkundemuseum und Botanischer Garten u.v.a.) Gedenk- und Kulturorte sowie Einrichtungen wie die Planetarien oder das Gläserne Labor.

753 Wir wollen Außerschulische Lernorte für Wissenstransfer
 754 aus Hochschulen noch besser nutzen:

755

- 756 • Dazu werden wir eine koordinierende Stelle schaffen, die die außerschulischen Lernorte vernetzt und koordiniert, über die Angebote informiert und Schulen und Kitas unterstützt, diese Angebote wahrzunehmen. Diese Stelle kann z.B. beim größten Außerschulischen Lernort der Stadt, Stiftung Planetarium Berlin, angesiedelt sein. Wissenschaft und Forschung sollen offen sein für die ganze Gesellschaft. Dazu gehört auch, dass wir Wege finden, um Wissenschaft zugänglich und nahbar zu machen, etwa durch freie Eintritte für Museen und Dialogformate zum Austausch zwischen Wissenschaftsinstitutionen und Stadtgesellschaft.
- 769 • Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen müssen Orte der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung bleiben. Dazu gehören die freie Meinungsäußerung sowie der freie Zugang zu Räumen für politische Veranstaltungen z.B. für politische Kongresse an den Berliner Hochschulen.
- 775 • Für die Kommunikation mit der Stadtgesellschaft und die Debatte über gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen braucht die Wissenschaft nicht nur Schaufenster, sondern Räume in allen Teilen der Stadt. Diese gilt es zu identifizieren, für das Land und die Wissenschaft zu sichern und tragfähige Konzepte mit den Partner*innen zu entwickeln,

782

783 **Wissenschaft nachhaltig**

784 Nicht erst seit FridaysforFuture sind Hochschulen und Einrichtungen wie das Studierendenwerk um nachhaltiges Handeln bemüht und gibt es Bestrebungen, nachhaltige Entwicklung als handlungsleitendes Prinzip in Hochschulen und Wissenschaftspolitik zu verankern. Wir begrüßen die FridayforFuture-Initiativen von Studierenden an den Hochschulen sowie das Engagement der Wissenschaft-

791 ler*innen bei science for future und bekennen uns zu den
792 Zielen der Nachhaltigkeit.

793 Dabei lehnen wir uns an die Definition an, die nach-
794 haltiger Entwicklung beschreibt als Strategie, die globa-
795 le und intergenerationelle Gerechtigkeit, Chancengleich-
796 heit, Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen, Klima-
797 schutz, verantwortungsvollen Konsum, ressourcenschon-
798 nendes und kreislauforientiertes Produktionsverhalten
799 sowie faire Arbeits- und Handelsbedingungen umfasst
800 und insofern eine umfassende Transformation anstrebt.

801 Wir werden:

- 802 • Nachhaltigkeit als Aufgabe der Hochschulen in
803 sämtlichen Bereichen (Forschung, Lehre, Infrastruk-
804 tur,...) im Hochschulgesetz verankern
 - 805 • Transparente Governancestrukturen schaffen, die
806 nachhaltige Entwicklung an den Hochschulen er-
807 ermöglichen
 - 808 • Die Hochschulen dabei unterstützen, alle Gruppen
809 der Hochschulen in die Entscheidungen einzubezie-
810 hen
 - 811 • Regelungen in Landes- und Bundesgesetzgebung
812 identifizieren und verändern, die nachhaltiges Han-
813 deln z.B. bei Reisen oder Vergaben behindern
- 814